

25 Jahre nach der Wiedervereinigung

Schwierige Startbedingungen wirken nach

Nach dem Mauerfall flossen umfangreiche öffentliche und private Investitionsmittel in die ostdeutsche Wirtschaft. Dies hatte einen wirtschaftlichen Aufschwung zur Folge. Begünstigt durch die Art der Privatisierung ostdeutscher Firmen entstanden jedoch vielfach „verlängerte Werkbänke“ westdeutscher Unternehmen, während die Zentralen und Entwicklungsabteilungen der Unternehmen in der Regel weiterhin im Westen angesiedelt waren. Vor diesem Hintergrund ist es der ostdeutschen Wirtschaft bis dato schwergefallen, ihren Innovations- und Produktivitätsrückstand aufzuholen. Für die Zukunft bieten sich verschiedene Ansatzpunkte, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ostdeutschlands zu steigern.

Auch heute, 25 Jahre nach dem Mauerfall, sind die Einkommen in Ostdeutschland deutlich niedriger und die Arbeitslosigkeit deutlich höher als im Westen. Die Situation stellt sich indes günstiger dar, wenn diejenigen Länder Osteuropas als Vergleichsmaßstab verwendet werden, die einen ähnlichen Transformationsprozess durchlaufen haben wie Ostdeutschland. Denn die Einkommen in Ostdeutschland sind heute wesentlich höher als in diesen Ländern – trotz ähnlicher Startvoraussetzungen.

Ende der 1980er Jahre war die DDR-Wirtschaft faktisch am Ende: Notorische Mangelwirtschaft, Stagnation und niedrige Produktivität hatten in eine ökonomische Sackgasse geführt. Diese Situation befeuerte die politischen Proteste, die schließlich zum Sturz der SED-Diktatur führten. Nach dem Mauerfall am 9. November 1989 wurden bei Demonstrationen vor allem zwei Maßnahmen zur Behebung der ökonomischen Probleme gefordert: zum einen die Öffnung gegenüber dem Westen, zum anderen die schnelle Einführung der D-Mark.

Mit der D-Mark, so damals die allgemeine Hoffnung, werde sich der wirtschaftliche Erfolg gleichsam von selbst einstellen. Der Glaube daran, dass im Gefolge der D-Mark

bald „blühende Landschaften“ im Osten entstehen würden, war tatsächlich weit verbreitet: „Kommt die D-Mark nicht zu uns, kommen wir zu ihr“, war ein Standardslogan auf den ostdeutschen Demonstrationen. Sie setzten damit zugleich die Politiker in der alten Bundesrepublik unter massiven Zeitdruck, weil diese einen Massenexodus von Ost nach West befürchten mussten.

Beschäftigung in Ostdeutschland schrumpfte nach der Wende um 35 Prozent

In der Folge ging alles ganz schnell: In keinem anderen Land wurde die ökonomische Umwälzung in einem derartigen Tempo vollzogen wie in Ostdeutschland. Die Konsequenzen der zum 1. Juli 1990 eingeführten Wirtschafts- und Währungsunion waren einschneidend: Während die DDR in das Wirtschaftsgebiet der seinerzeitigen Ostblockstaaten integriert gewesen war, mussten sich die Betriebe Ostdeutschlands nun auf dem Weltmarkt durchsetzen.

Doch dies fiel schwer: Gemäß einer Abschätzung von Joachim Ragnitz aus dem Jahr 2001 betrug die Produktivität in der DDR nur 35 Prozent des Westniveaus. Andere Schätzwerte liegen zum Teil noch erheblich niedriger. Dies bedeu-



tete, dass zumindest jene Firmen, die nicht nur für einen lokalen Markt produzierten, kaum noch eine Chance hatten, ihre Waren zu verkaufen, weil Lohnkosten und andere Kosten mit der Währungsumstellung exorbitant anstiegen.

Die Folge war eine tiefe Transformationskrise mit einem drastischen Rückgang der Industrieproduktion

auf ungefähr 40 Prozent des vor der Wende erreichten Niveaus und einem in Friedenszeiten nahezu einmaligen Einbruch der Beschäftigung von über 35 Prozent. Wie eine Studie von Uwe Blien und Franziska Hirschenauer aus dem Jahr 1994 belegt, fiel bis 1993 die Beschäftigung von 9,8 auf 6,2 Millionen.

Dieser Einbruch wurde dadurch abgefedert, dass Ressourcen Westdeutschlands für sozialpolitische Transfers und für den Aufbau einer konkurrenzfähigen Ökonomie in Ostdeutschland eingesetzt wurden. Voraussetzung dazu war zunächst die Sozialunion und dann die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die in der Form des Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik stattfand. In dieser Zeit kam der damaligen Bundesanstalt für Arbeit die Aufgabe zu, die massiven Folgen des Zusammenbruchs der ostdeutschen Wirtschaft für den Arbeitsmarkt abzumildern. In einer im Jahr 2003 erschienenen Studie zeigten Uwe Blien und Koautoren, dass die seinerzeitigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zusätzliche positive Beschäftigungseffekte hatten. Sie leisteten auch einen wichtigen Beitrag dazu, die Qualifikationen der Beschäftigten in Ostdeutschland an die neuen marktwirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen.

Im Unterschied zur Situation in Ländern wie Polen oder Tschechien, die ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit über Anpassungen des Wechselkurses sicherstellen konnten, waren die Betriebe der DDR nach der Währungsunion der Konkurrenz auf den Weltmärkten ausgesetzt. Hohe Investitionen waren notwendig, um die Produktion auf ein weltmarktfähiges Niveau zu heben. Die ostdeutsche Bevölkerung verfügte jedoch nicht über das hierzu erforderliche Kapital.

Aus diesem Grunde entschieden die politisch Verantwortlichen, dass die Privatisierung der volkseigenen Betriebe über die Ausgabe von Anteilsscheinen an die Beteiligte oder andere Kleinanleger kein gangbarer Weg war. Stattdessen betrieb die zu diesem Zweck gegründete Treuhandanstalt den Verkauf ganzer Betriebe, zumeist an Unternehmen aus Westdeutschland, um den ostdeutschen Betrieben Kapital, Marktzugang und moderne Technologien zu verschaffen. Dies geschah unter zu hohem Zeitdruck.



Die Folgen der Privatisierungen waren zweischneidig

In der Folge wurden umfangreiche öffentliche Mittel verwendet, um eine noch größere Menge privates Kapital für Ostdeutschland zu mobilisieren. Die Erwartung, aus dem Verkauf der ostdeutschen Betriebe zumindest teilweise positive Erlöse erzielen zu können, erwies sich schnell als Irrtum. Stattdessen waren erhebliche Vorleistungen nötig, um finanzkräftige Investoren anzulocken.

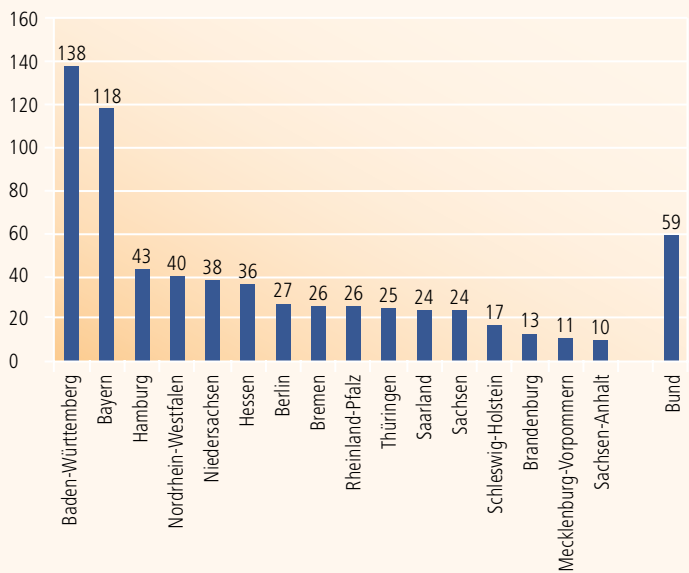
Wie eine Untersuchung von Paul Windolf, Ulrich Brinkmann und Dieter Kulke aus dem Jahr 1999 zeigt, hatte die Treuhandanstalt bei ihrer Selbstauflösung Ende 1994 256 Milliarden D-Mark Schulden. Diese waren aufgenommen worden, um die Betriebe überhaupt verkäuflich zu machen. So musste die Treuhand Kosten für Sozialpläne, Altschulden oder ökologische Maßnahmen übernehmen. Herbert Brücker zog im Jahr 1995 das Fazit: „Es wurden nicht Unternehmen veräußert, sondern Investoren gekauft“.

Doch auch die Ausgaben der Treuhand waren nur ein kleiner Teil der nach Ostdeutschland fließenden Finanzmittel. So gab es vor allem über die Renten- und Arbeitslosenversicherung eine massive Umverteilung zugunsten Ostdeutschlands. Ulrich Blum und Kollegen veranschlagten die Gesamtsumme der öffentlichen West-Ost-Transfers von 1991 bis 2005 in einer 2009 veröffentlichten Studie auf rund eine Billion Euro. Ifo Dresden, die Niederlassung des Münchner ifo Instituts (Institut für Wirtschaftsforschung), hat die Rechnung bis zum aktuellen Rand fortgeschrieben und die Gesamtsumme von fast 1,7 Billionen Euro ermittelt. Dabei handelt es sich jeweils um Nettotransfers, da die Einnahmen des Westens gegengerechnet wurden.

Der Verkauf ostdeutscher Betriebe an zumeist westdeutsche Firmen oder Investoren führte zudem dazu, dass in Ostdeutschland häufig „verlängerte Werkbänke“ westdeutscher Unternehmen entstanden, Betriebseinheiten also, die zwar produzierten, die aber kaum dispositive Kapazitäten oder Entwicklungskapazitäten aufwiesen. Die Betriebe im Osten wurden von nun an überwiegend vom Westen aus geleitet. Eine im Jahr 1995 durchgeführte Befragung ergab, dass von 1.247 Betrieben nur 25 Prozent im Besitz von Per-

Abbildung 1

Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner



Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt 2014: 7.

©IAB

sonen oder Firmen mit Sitz in Ostdeutschland waren (die Ergebnisse dieser Befragung finden sich in dem bereits erwähnten Band von Paul Windolf und Koautoren).

Arbeitsproduktivität ist noch immer deutlich niedriger als im Westen

Das von der Treuhandanstalt verfolgte Konzept der Privatisierung ging zunächst insoweit auf, als dass die Investitionen tatsächlich viele Firmen konkurrenzfähig machten und sogar eine Reindustrialisierung stattfand. Schon ab 1991 wuchs die Wirtschaft zunächst kräftig. Kehrseite der Entwicklung war jedoch, dass ein großer Teil der Arbeitskräfte in der Produktion nicht mehr gebraucht wurde. Die Arbeitslosigkeit blieb hoch.

Seit der Jahrtausendwende entwickelte sich die ostdeutsche Wirtschaft ähnlich wie die westdeutsche, so dass der Abstand seither weitgehend gleichgeblieben ist. Im Jahr 2013 lag die Produktivität pro Erwerbstätigen laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung der Länder bei 79 Prozent des Westniveaus. Berücksichtigt man

auch die geleisteten Arbeitsstunden, so erreichte sie nur 74 Prozent. Noch niedrigere Werte ergeben sich für das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, weil relativ weniger Ostdeutsche erwerbstätig sind.

Bis heute sind die Zentralen vieler Unternehmen, die im Osten aktiv sind, nicht in Ost- sondern in Westdeutschland angesiedelt. Von den 30 Großunternehmen, die im Deutschen Aktienindex DAX registriert sind, hat nur Siemens einen Sitz in Ostdeutschland – in Berlin, zusammen mit München. Die Zentralen großer Unternehmen beschäftigen viele gut verdienende und qualifizierte Arbeitskräfte. Zudem siedeln sich andere Firmen im Umfeld der Unternehmenszentralen an, um diese zu beraten und gezielte Serviceleistungen anzubieten. Dabei handelt es sich vielfach um unternehmensnahe Dienstleistungen, die für die Produktivität und Entwicklung einer Region besonders wichtig sind. Angeboten werden Beratungs- und Entwicklungstätigkeiten, von denen nicht nur die Zentralen großer Unternehmen profitieren, sondern ein breiteres lokales Umfeld. Da solche Firmen im Osten weniger häufig sind, ist auch die Zahl der überdurchschnittlich gut qualifizierten Beschäftigten geringer als im Westen, wie unter anderem Karl Brenke in einer aktuellen Studie darlegt.

Hinzu kommt: Die Entwicklungsabteilungen der großen Firmen sind ebenfalls überproportional häufig im Westen zu finden, da Forschung und Entwicklung oft in räumlicher Nähe zu den Firmenzentralen angesiedelt sind. So hat VW ein großes Entwicklungszentrum nahe der Konzernzentrale in Wolfsburg, während an den Standorten in Ostdeutschland – Zwickau-Mosel, Chemnitz und Dresden – vor allem produziert wird. Natürlich gibt es inzwischen auch in Ostdeutschland Firmen mit großen Entwicklungsabteilungen, die in ihrem Segment Weltmarktführer sind, beispielsweise in der optischen Industrie in Jena, aber diese sind eher die Ausnahme als die Regel.

Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ bremst den Aufbau ökonomischer Kerne

In einer Volkswirtschaft gelten die großen Ballungsräume als die eigentlichen Wachstumsmotoren. Dies war in

Ostdeutschland jedoch nur sehr bedingt der Fall. Erstens gibt es hier nur relativ wenige solcher Zentren. Zweitens wurde bei Grundstücken, die nach 1945 zwangsverstaatlicht worden waren, das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ praktiziert. Dies führte wegen der dazu notwendigen Klärung der Eigentumsverhältnisse zu Verzögerungen beim Aufbau von ökonomischen Kernen. Häufig dauerte es Jahre, bis die Eigentumsverhältnisse gerichtlich geklärt werden konnten.

In einer Studie von 1994 stellte der IAB-Autor Udo Lehmann (heute: Brixy) daher fest, dass in vielen größeren Städten wie Potsdam, Leipzig, Halle, Erfurt, Chemnitz oder Cottbus relativ weniger Betriebe gegründet wurden als in ihrem Umland – obwohl Umgekehrtes zu erwarten gewesen wäre. Die potenzielle Wachstumsfunktion der wenigen Agglomerationsräume wurde durch die beschriebene Politik also zusätzlich geschwächt.

Berlin ist unter den europäischen Hauptstädten immer noch eine Ausnahme, da die Einkommen im Mittel unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Bisher erfüllt die Stadt nicht ihre potenzielle Rolle als „Zugpferd“ für die Regionalentwicklung, obwohl sie ein günstiger Standort wäre, um die osteuropäischen Regionen mit Waren zu beliefern. Die Verflechtungen mit dem polnischen Wirtschaftsraum, der höhere Wachstumsraten aufweist, sind bisher nur schwach ausgeprägt.

Die Konsequenz dieser Entwicklungen ist, dass die ostdeutsche Wirtschaft in puncto Innovationskraft der westdeutschen deutlich hinterherhinkt. Besonders auffällig zeigt sich dies bei der Zahl der Patentanmeldungen, bei denen die westlichen Bundesländer ihre Pendanten in Ostdeutschland deutlich übertreffen (vgl. Abbildung 1 auf Seite 7).

Die Daten des Patentamtes zeigen eine große Konstanz in diesen regionalen Strukturen. Für weiter zurückliegende Jahre werden ganz ähnliche Verteilungen ermittelt. Eine Studie von Lutz Bellmann und Co-Autoren, die sich auf Daten aus dem IAB-Betriebspanel stützt und sich mit Prozess- und Produktinnovationen im Allgemeinen befasst, ergibt ebenfalls niedrigere Werte für Ostdeutschland (auch wenn die Unterschiede kleiner ausfallen als



bei Patenten). Die niedrigere Innovationshäufigkeit in Ostdeutschland ist nun nicht etwa darauf zurückzuführen, dass Ostdeutsche weniger erfindungsreich sind als Westdeutsche. Vielmehr sind die nach der Vereinigung entstandenen Industriestrukturen maßgeblich. Sie sind vor allem dadurch gekennzeichnet, dass Unternehmenszentralen und Entwicklungsabteilungen überwiegend im Westen angesiedelt sind.

Ostdeutschland hinkt in puncto Arbeitslosigkeit und Einkommen immer noch hinterher

Welche Folgen haben diese betrieblichen Strukturen für die wirtschaftliche Dynamik in den beiden Landesteilen? Generell ist der technische Fortschritt der Motor des Wirtschaftswachstums. Die Häufigkeit von Patenten kann als Indikator dafür dienen, welche Regionen dabei als Triebkräfte für das Wirtschaftswachstum fungieren und welche nicht. In den letzten zehn Jahren wiesen Baden-Württemberg und Bayern unter den Westländern die

höchsten Raten beim Wachstum der Arbeitsproduktivität auf. Demgegenüber liegt das Produktivitätswachstum der ostdeutschen Wirtschaft trotz Kostenvorteilen beim Lohn nur ungefähr auf dem Niveau des Westens.

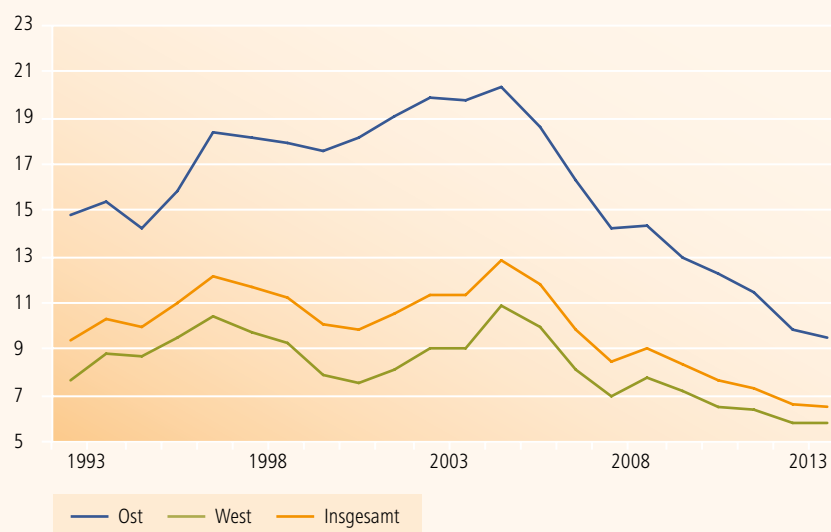
Seit der Jahrtausendwende nähern sich Ost und West in puncto Produktivität und Durchschnittseinkommen kaum noch an. Aus diesem Grund sind Konsum und Investitionstätigkeit in Ostdeutschland noch immer zu fast einem Fünftel durch Transfers aus dem Westen gestützt. Wie Joachim Ragnitz in einer 2014 erschienenen Analyse zeigt, betrug die Lücke zwischen dem in Ostdeutschland erwirtschafteten Sozialprodukt und der Kaufkraft in diesem Landesteil im Jahr 2011 54 Milliarden Euro.

Trotz der vor allem in der Anfangszeit der Transformation sehr starken öffentlichen Förderung war die Arbeitslosigkeit im Osten bis Mitte der 2000er Jahre fast doppelt so hoch wie im Westen. Der seither einsetzende erfreuliche Abbau der Arbeitslosigkeit fiel im Osten erheblich stärker aus als im Westen. Zwischen 2005 und 2013 sank die Zahl der

Abbildung 2

Arbeitslosenquoten in Ost und West im Zeitablauf

in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

©IAB

Arbeitslosen im Osten um 46,1 Prozent, im Westen nur um 35,9 Prozent. Die Arbeitslosenquote lag im August 2014 laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Westen bei 6,0 Prozent und im Osten bei 9,4 Prozent (vgl. Abbildung 2). So betrug der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen aus der Grundsicherung an allen Erwerbspersonen im Westen 3,9 Prozent, im Osten jedoch 7,0 Prozent.

Über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in beiden Landesteilen gibt der Beitrag von Michaela Fuchs, Oliver Ludewig und Antje Weyh auf Seite 22 genauere Auskunft. Der Rückgang in Ostdeutschland ist teils ein Ergebnis der günstigen Beschäftigtenentwicklung der letzten Jahre, die seit 2005 um rund zehn Prozent oder 500.000 Personen zugenommen hat, teils die Folge eines rückläufigen Arbeitsangebots.

Bei den durchschnittlichen Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung (Vollzeit) verbleibt ein nominaler Abstand von circa 23 Prozent, wie eigene Auswertungen der Beschäftigungsstatistik 2011 zeigen. Allerdings ist, wie ein Beitrag von Rupert Kawka und Koautoren aus dem Jahr 2009 zeigt, das Preisniveau in

Ostdeutschland etwas niedriger, so dass der „reale“ Lohnunterschied circa 18 Prozent beträgt. Niedrigeinkommen und Armut treten im Osten entsprechend häufiger auf. Die Lohnentwicklung wurde durch die niedrigere Produktivität und durch die hohe regionale Arbeitslosigkeit begrenzt.

Lohnniveau in Polen und Tschechien ist deutlich niedriger als in Ostdeutschland

Allerdings sollte man Ostdeutschland nicht nur mit dem Westen vergleichen (vgl. dazu den Beitrag von Michaela Fuchs, Mirko Wesling und Antje Weyh auf Seite 58), sondern auch mit jenen Ländern in Mittel- und Osteuropa, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in einer ähnlichen Ausgangslage waren. In diesem Fall schneidet Ostdeutschland deutlich besser ab, weil die Durchschnittseinkommen hier weit höher liegen.

Nach Angaben der Weltbank und eigenen Berechnungen war das kaufkraftbereinigte Jahreseinkommen im Jahr 2012 in Polen um 38 und in Tschechien um 27 Prozent niedriger als in Ostdeutschland. Die Arbeitslosigkeit war in diesen Ländern ähnlich hoch wie in Ostdeutsch-

land: Erwerbslosenquoten, die mit Daten der Europäischen Arbeitskräftestichprobe (Labour Force Survey) berechnet wurden, belaufen sich für das Jahr 2013 auf 8,5 Prozent in Ostdeutschland, 7,0 Prozent in Tschechien und 10,3 Prozent in Polen.

Auch wenn die ostdeutsche Wirtschaft im Vergleich zu diesen Ländern also durchaus gut abschneidet, hat die deutlich günstigere Arbeitsmarktlage in den alten Bundesländern zu einer starken Abwanderung insbesondere in den ersten Jahren nach der Vereinigung geführt. Der Bevölkerungsverlust konzentrierte sich relativ stark auf eher gut ausgebildete junge Frauen, von denen vergleichsweise wenige wieder zurückkamen (vgl. hierzu den Beitrag von Michaela Fuchs, Mirko Wesling und Antje Weyh auf Seite 76).

Eigenständiges Wachstumspotenzial ist trotz regionaler Leuchttürme geringer

Lässt sich nun die Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland auf die beschriebene Wirtschaftsentwicklung und Innovationshäufigkeit zurückführen? Die im Vergleich zu Westdeutschland deutlich geringere Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft wirkt sich unterm Strich negativ auf die Beschäftigung aus. Eine höhere Arbeitsproduktivität führt zwar dazu, dass weniger Arbeitskräfte für die Herstellung einer bestimmten Anzahl von Produkten gebraucht werden. Andererseits kann die Produktion wachsen, wenn die Firmen die höhere Produktivität (teilweise) durch Preissenkungen an die Verbraucher weitergeben. Dies steigert die Güternachfrage, erhöht die Produktion und kann dazu führen, dass die Firmen sogar zusätzliche Arbeitskräfte einstellen, wie Uwe Blien und Helge Sanner in einem aktuellen Beitrag zeigen. Die Veränderung der Arbeitsnachfrage als Folge von Produktivitätssteigerungen hängt demnach vor allem davon ab, ob die Konsumenten auf die gesunkenen Preise tatsächlich mit deutlich erhöhter Nachfrage reagieren. Ökonomen sprechen in diesem Fall von „elastischer Nachfrage“.

Entscheidend ist jedoch, dass in einem einheitlichen Wirtschaftsraum eine produktivere Region gegenüber einer weniger produktiven im Vorteil ist. Maßgeblich sind die oben beschriebenen Unterschiede in der Innovationskraft. Für Firmen lohnt es sich, Investitionsstandorte zu

wählen, an denen viele Innovationen entstehen. Denn davon können sie indirekt in erheblichem Maße profitieren. Hinzu kommt, dass sich auch Zulieferer gerne in räumlicher Nähe zu ihren Kunden niederlassen. Ostdeutschland ist überdies auch deswegen im Nachteil, weil dort – wie bereits oben ausgeführt – relativ wenige Unternehmenszentralen und Entwicklungsabteilungen angesiedelt sind. Als weiteres spezifisch ostdeutsches Problem kommt die überproportional schrumpfende Erwerbsbevölkerung hinzu. Der dadurch notwendige Rückbau der Infrastruktur wirkt als weitere ökonomische Belastung.

Aus all diesen Gründen entwickeln die ostdeutschen Regionen seltener ein eigenständiges Wachstumspotenzial. So erreicht das Wirtschaftswachstum nur knapp das Niveau Westdeutschlands – trotz deutlich niedrigerer Lohn- und Immobilienkosten und trotz erheblicher öffentlicher Mittel, die nach wie vor von West nach Ost fließen. So sind Produktivität und Löhne niedriger, aber die Arbeitslosigkeit höher als in Westdeutschland.



Auch hier bestätigen Ausnahmen die Regel. In Ostdeutschland sind „regionale Leuchttürme“ wie Jena oder Dresden entstanden, die auf einem Zusammenspiel von wertschöpfungsintensiven Branchen und hochrangigen Forschungseinrichtungen beruhen und selbst einem internationalen Vergleich standhalten. So liegt Jena an der Spitze aller deutschen Städte, was die lokale Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen angeht. Der Erfolg zeigt sich nicht zuletzt in der Arbeitsmarktentwicklung: In Jena wuchs die Beschäftigung zwischen 2007 und 2013 um 17,9 Prozent. Damit nimmt die Stadt den ersten Platz unter allen ostdeutschen Kreisen ein. Deren Beschäftigtenzahl legte im Durchschnitt nur um 8,3 Prozent zu.

Fazit

Wir haben gesehen, dass die Regionen Ostdeutschlands weniger Wachstumsimpulse aus sich selbst heraus entwickeln, unter anderem weil sie bei der Häufigkeit von Innovationen zurückbleiben. Die nach der Wende angewandte Form der Privatisierung hatte einen doppelten Effekt: Sie erzeugte hohe Wachstumsraten in einer Anfangsphase und relativ niedrige in späteren Jahren.

Am Anfang kam es für die Betriebe darauf an, die Produktion nach westdeutschem Muster aufzubauen, was im Wesentlichen auch gelang. Heute wäre für die ostdeutsche Wirtschaft die selbständige Entwicklung von Innovationen wichtig. Dies gelingt jedoch zu selten, weil die strategischen Entscheidungen der Unternehmen, die Niederlassungen oder Produktionsstandorte im Osten haben, vielfach andernorts erfolgen.

Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Lage bietet die Technologiepolitik. Innovationen sollten insbesondere in Bereichen gefördert werden, die eine elastische Güternachfrage versprechen, da hier Beschäftigungsgewinne zu erwarten sind. Dies könnte über eine integrierte Regionalpolitik erfolgen, bei der Schwerpunkte ressortübergreifend gefördert werden, beispielsweise durch die Einrichtung von Studiengängen, welche zur regionalen Branchenstruktur passen.

Ein weiterer Ansatzpunkt besteht in der internationalen Öffnung Ostdeutschlands. Die schneller wachsenden Volkswirtschaften in Osteuropa bieten Entwicklungsperspektiven, die bisher zu wenig genutzt werden. Um dieses Potenzial besser als bisher ausschöpfen zu können, bedarf es zielgerichteter Strategien und Maßnahmen. Dazu zählt die Verbesserung einschlägiger Sprachkenntnisse ebenso wie forcierte Aktivitäten zur Erschließung der mittel- und osteuropäischen Märkte.

Berlin könnte zur Drehscheibe für den Handel mit diesen Regionen werden und eine ähnliche Funktion einnehmen wie einst Singapur für die Märkte Südostasiens. Hier zeigen sich in der jüngeren Vergangenheit vielversprechende Ansätze, da die Stadt gerade auch im High-Tech-Bereich eine sehr aktive Gründerszene entwickelt hat. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, könnte Berlin die bisher vermisste Rolle als Zugpferd für Ostdeutschland spielen.



Literatur

Bellmann, Lutz; Crimmann, Andreas; Dummert, Sandra; Evers, Katalin: Matching von Innovationsfähigkeit und nachhaltigen Organisationsmodellen. IAB Papier.

Blien, Uwe; Hirschenauer, Franziska (1994): Die Entwicklung regionaler Disparitäten in Ostdeutschland. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 27/4, S. 323-337.

Blien, Uwe; Maierhofer, Erich; Vollkommer, Dieter; Wolf, Katja (2003): Einflussfaktoren der Entwicklung ostdeutscher Regionen. In: Blien, Uwe (Hg.): Die Entwicklung der ostdeutschen Regionen. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 267, S. 67-254.

Blien, Uwe; Sanner, Helge (2014): Technological Progress and Employment. In: Economics Bulletin 34/1, S. 245-251.

Blum, Ulrich; Ragnitz, Joachim; Freye, Sabine; Scharfe, Simone; Schneider, Lutz (2009): Regionalisierung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen. IWH Sonderheft Nr.4.

Brenke, Karl (2014): Ostdeutschland – ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens (korrigierte Version). In: DIW Wochenbericht 14, S. 939-957.

Brücker, Herbert (1995): Die Privatisierungs- und Sanierungsstrategie der Treuhandanstalt. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 64, S. 444-460.

Deutsches Patent- und Markenamt (2014): Jahresbericht 2013. München.

Kawka, Rupert et al., Ed. (2009): Regionaler Preisindex. Bonn, Bundesamt für Bauwesen & Raumordnung.

Lehmann, Udo (1994): Regionale Aspekte des Betriebsgründungsgeschehens in den neuen Bundesländern 1991/92. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 27/4, S. 338-350.

Ragnitz, Joachim (2014): 25 Jahre nach dem Mauerfall: Anmerkungen zum Stand der deutschen Einheit. Ifo Dresden berichtet/5.

Ragnitz, Joachim (2001): Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft: Eine zusammenfassende Bewertung. In: Wirtschaft im Wandel 7-8, S. 181-189.

Windolf, Paul; Brinkmann, Ulrich; Kulke, Dieter (1999): Warum blüht der Osten nicht? Zur Transformation der ostdeutschen Betriebe. Berlin, Sigma.

World Bank (2014): World Development Report 2014: Risk and Opportunity. Washington D.C.

Die Autoren



Prof. Dr. Uwe Blien
ist Leiter des Forschungsbereiches „Regionale Arbeitsmärkte“ am IAB.
uwe.blien@iab.de



Van Phan thi Hong
ist erste Fachkraft im Forschungsbereich „Regionale Arbeitsmärkte“ am IAB.
Van.Phan-thi-Hong@iab.de

Michaela Fuchs, Stefan Fuchs, Sabine Klinger, Joachim Möller und Antje Weyh wird für Anregungen zu einer früheren Fassung gedankt. Die Verantwortung für den Artikel verbleibt bei den Autoren.